

Internationales Institut
Libérale Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Souveränität und Nachkriegszeit:

Der Irak nach dem Abschluss des
Status of Forces Agreement mit den USA

von Gudrun Harrer

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Wien, Jänner 2009

Gudrun Harrer

Souveränität und Nachkriegszeit

Der Irak nach dem Abschluss des
Status of Forces Agreement mit den USA

Inhalt

Impressum	2
Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	3
Einleitung	3
Das Status of Forces Agreement	4
Politischer Ausblick auf das Jahr 2009	8
Provinzwahlen	9
Referenden über die Verfassungsrevision und über Artikel 140	10
Referendum in Basra	10
Der Irak und die internationale Gemeinschaft	11
Anmerkungen	13
Personen, Abkürzungen und Bezeichnungen	16
<hr/>	
Bisher erschienen	17



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Mag. Dr. Gudrun HARRER

Arabistin und Islamwissenschaftlerin (Mag.) und Politikwissenschaftlerin (Dr.)

Leitende Redakteurin der Tageszeitung *Der Standard*, deren außenpolitisches Ressort sie zuvor acht Jahre lang geleitet hat, unterrichtet *Moderne Arabische Geschichte* an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien.

2006 verbrachte Gudrun Harrer als Sondergesandte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und Geschäftsträgerin der österreichischen Botschaft Bagdad ein halbes Jahr im Irak.

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Univ.-Prof. Dr. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Bo Hultdt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2

Wien, Jänner 2009

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-26-3

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische
Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Souveränität und Nachkriegszeit:

Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA

Einleitung

Am 1. Jänner 2009 beginnt im Irak eine neue Ära, wenn das Land der vollen Rückgewinnung aller seiner – bis dato trotz aller gegenteiligen Beteuerungen eingeschränkten – Souveränitätsrechte einen bedeutenden Schritt näher kommt. Die Präsenz der US-Truppen im Irak¹, die mit dem Einmarsch im März 2003 begann, wird dann in einem bilateralen Vertrag, einem *Status of Forces Agreement* (SOFA) zwischen den USA und dem Irak, und nicht mehr in einer Chapter-VII-Resolution² des UNO-Sicherheitsrats geregelt sein. Der neue Vertrag gibt der irakischen Regierung weitreichende Kontrollrechte über die Operationen der US-Truppen im Irak und nennt deren spätestes Abzugsdatum, Ende 2011.

Es sei daran erinnert, dass die Einschränkung der irakischen Souveränität nicht erst 2003 begonnen hat. Nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im August 1990 wurde der Irak strengen UNO-Sanktionen unterworfen, deren Aufhebung in der Waffenstillstandsresolution 687 vom April 1991 nach dem Golfkrieg an die Erfüllung verschiedener Bedingungen geknüpft wurde, allen voran Abrüstungsauflagen, deren Umsetzung von Inspektoren von UNO und IAEO (Internationale Atomenergieorganisation) mit einem intrusiven Mandat kontrolliert wurde. Dazu kamen von einigen Golfkriegsalliierten aus UNO-Resolutionen abgeleitete Einschränkungen der irakischen Lufthoheit³ sowie die Festlegung der Grenze zwischen dem Irak und Kuwait durch die Vereinten Nationen ohne irakische Mitsprache. Der Irak ist demnach heute auf dem Weg, zum ersten Mal seit mehr als 18 Jahren in den Besitz seiner vollen Souveränitätsrechte zu treten. Laut Vertrag werden US-Truppen bis Ende 2011 im Lande bleiben, jedoch nur mit Zustimmung der irakischen Regierung, die ihnen diese jederzeit entziehen kann. Auch der eventuelle Verbleib von Truppen aus anderen Ländern muss bilateral geregelt werden, wobei die USA nach 2008 jedoch fast alleine bleiben werden. Von den mittelgroßen Truppenstellern hat lediglich Rumänien zugesagt, seine knapp 500 Mann bis zum Abzug der US-Truppen im Irak belassen zu wollen, fast alle, auch die kleinen, anderen haben mit Jahresende 2008 den Irak verlassen.⁴

Großbritannien bereitete im Dezember zwar sein eigenes bilaterales SOFA mit dem Irak vor, aufgrund dessen seine im Dezember 2008 etwa 4000 Soldaten noch bis ins nächste Jahr hinein auf dem britischen Militärstützpunkt bei Basra im Südirak bleiben sollten,⁵ bis Mitte 2009 sollten sich jedoch nur mehr 400 britische Soldaten im Irak aufhalten.⁶

Die große Umstellung der US-irakischen Beziehungen fällt mit dem Ende der zweiten Amtszeit von US-Präsident George W. BUSH zusammen, in dessen erster Amtszeit 2003 der Irak besetzt wurde. Im Irak sind seither mehr als 4200 US-Soldaten getötet worden,⁷ 30.000 haben schwere Verletzungen erlitten. Die US-Ausgaben im Irak wurden 2008 auf 12 Milliarden US-Dollar monatlich geschätzt.⁸ Auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sind Ende 2008 die Prognosen für Ausmaß und Art des weiteren US-Engagements im Irak unsicher. Barack OBAMA, der am 20. Jänner 2009 sein Amt als US-Präsident antritt, hat wiederholt angekündigt, die militärischen und humanitären Anstrengungen der USA in Afghanistan, wo die US- und die NATO-Truppen 2008 das schlechteste Jahr seit dem Sturz der Taliban im Winter 2001 erlebt haben (was zu einer Ausweitung der militärischen Operationen der USA über die afghanisch-pakistanische Grenze geführt hat), verstärken und bündeln zu wollen. Dazu werden Energien aller Art aus dem Irak abgezogen werden. Die signifikante Verbesserung der Sicherheitslage im Irak während des Jahres 2008 lässt den Zeitpunkt für eine Reduktion des Engagements für die USA politisch geeignet erscheinen,⁹ künftige, eventuell nicht so positive Entwicklungen lägen dann in der Verantwortung der irakischen Regierung. Die Verhandlungen, die dem Abschluss des *Status of Forces Agreement* vorangingen, haben außerdem gezeigt, dass der politische Einfluss der USA im Irak massiv geschwunden ist, denn die irakische Regierung setzte sich mit erstaunlich vielen ihrer Forderungen durch und zeigt auch sonst völlige Eigenständigkeit. Gleichzeitig ist der Moment der Übergabe der vollen Kontrolle an die Iraker, der bis Jahresmitte 2009 vollzogen sein soll, brisant: Im Jahr 2009 werden durch etliche Wahlen und Referenden im Irak

wichtige Entscheidungen gefällt werden, und eine neuerliche Destabilisierung als Folge dieser innenpolitischen Weichenstellungen kann nicht ausgeschlossen werden. Abgesehen davon, dass zu Wahlzeiten in Transitionsländern die Gewalt traditionell nach oben tendiert.

Im Dezember 2008 haben zum ersten Mal auch aktive Mitglieder der US-Administration, namentlich Außenministerin Condoleezza RICE und Präsident George W. BUSH selbst, Bedauern über die vergangene amerikanische Irak-Politik erkennen lassen. Während RICE die Verantwortung für die Entscheidung, den Irak nach der Invasion 2003 besetzt zu haben, übernehmen wollte,¹⁰ nannte BUSH die dem Krieg vorangegangenen Falschinformationen der US-Geheimdienste über irakische Massenvernichtungswaffen einen schweren Fehler, ließ jedoch die Frage offen, ob er den Krieg auch ohne dieses Argument geführt hätte.¹¹ In der Tat stellt sich angesichts der auslaufenden US-Präsenz im Irak die Frage nach dem nachhaltigen Nutzen, den die USA aus ihrem

in jeder Beziehung kostspieligen Engagement gezogen haben und ziehen werden. Es könnte sein, dass die USA im Irak nach 2011 – der im SOFA genannte Abzugstermin der letzten US-Truppen – kaum mehr den sprichwörtlichen Fuß in der Tür des Irak haben, ganz im Gegensatz zum zweiten großen Bewerber um Einfluss im Irak, dem Iran. Noch bleibt jedoch zu sehen, wie das Abkommen bis Ende 2011 implementiert wird, und ob dann tatsächlich „*All the United States Forces*“, wie es im SOFA heißt, also auch Militärbeobachter, Ausbilder und Support Teams der US-Armee, abgezogen sind. Ende 2008 stand auch die Übersiedlung der US-Botschaft in Bagdad vom ehemaligen Republikanischen Palast ins NEC (New Embassy Compound) in der Internationalen Zone (Grüne Zone) vor dem Abschluss, die am 1. Jänner 2009 ebenfalls *de iure* der Kontrolle der irakischen Sicherheitskräfte übergeben wird.¹² Das NEC hat mehr als 700 Millionen US-Dollar gekostet und ist „eine der größten“, wie es offiziell heißt, US-Botschaften der Welt.¹³

Das Status of Forces Agreement

Die Präsenz der Multinational Forces im Irak (MNF-I) basiert auf einem in UNO-Sicherheitsratsresolution 1511 im Oktober 2003 verliehenen Mandat, das seither verschiedene Male verlängert wurde und bis 31. Dezember 2008 in Kraft blieb. Die „Koalition der Willigen“ unter US-Führung war im März 2003 ohne UNO-Autorisierung im Irak einmarschiert, *ex post facto* wurde der völkerrechtswidrige Akt jedoch vom UNO-Sicherheitsrat in Resolution 1483 im Mai 2003 quasi akzeptiert und den USA die Rolle einer Besatzungsmacht verliehen. Ursprünglich hatte der UNO-Sicherheitsrat geplant, die Präsenz der MNF-I nur bis zum „Abschluss des politischen Prozesses“ im Irak zu autorisieren. Dieser Zeitpunkt wäre mit den ersten verfassungsmäßigen Parlamentswahlen im Dezember 2005 beziehungsweise mit der nachfolgenden Bildung der ersten verfassungsmäßig gewählten irakischen Regierung im Mai 2006 gekommen gewesen. Angesichts der massiven Verschlechterung der Sicherheitslage schon ab 2004, die das Land im Jahr 2006 und 2007 zwischen dem sunnitisch-baathistisch-islamistischen Aufstand auf der einen Seite und der Radikalisierung der schiitischen Milizen auf der anderen Seite, die teilweise die irakischen Sicherheitskräfte infiltrierten, zu zerreißen drohte, wurde das UNO-Sicherheitsratsmandat auch nach Abschluss des politischen Prozesses ohne großes Aufheben aufgrund von „irakischem Ersuchen“ jeweils um ein Jahr

weiter verlängert. Bei der Mandatsverlängerung durch UNO-Sicherheitsratsresolution 1790 im Dezember 2007 legte sich der irakische Ministerpräsident Nuri Kamel AL-MALIKI jedoch fest, dass dies die letzte Mandatserneuerung sei und ab dem Jahr 2009 die fremde Truppenpräsenz im Irak auf eine neue rechtliche Basis zu stellen sei. Diese Position wurde in einem Briefwechsel zwischen MALIKI und US-Außenministerin Condoleezza RICE in einem Annex zur Resolution festgeschrieben.

Die konkreten Verhandlungen über ein umfassendes irakisch-amerikanisches Sicherheitsabkommen mit einem *Status of Forces Agreement*, das die US-Truppenpräsenz im Irak neu regeln sollte, begannen im April 2008. Geplant war ein Abschluss bis Ende Juli 2008. Die USA gingen offenbar mit hohen Erwartungen in die Verhandlungen, die Grundzüge des von ihnen projizierten Abkommens dürften bereits ab 2003 existiert haben.¹⁴ Laut Recherchen des Journalisten Patrick COCKBURN von der britischen Tageszeitung „*The Independent*“ sah es im Wesentlichen folgendes vor: keine Abzugstermine für die US-Truppen; mehr als 50 Militärbasen; Militäroperationen ohne vorherige Konsultationen mit der irakischen Regierung; die Autorität, innerhalb dieser Operationen Verhaftungen vorzunehmen und irakische Bürger festzuhalten; die rechtliche Immunität von US-Soldaten und Personal von privaten US-Sicherheitsfirmen;

die Kontrolle des irakischen Luftraums unterhalb 29.000 Fuß; Operationen im Rahmen des amerikanischen „*War on Terror*“ ohne vorherige Konsultation.¹⁵ Vielleicht auch weil diese Details im Juni 2008 den Medien zugespielt wurden, verhärteten sich die Positionen und die irakisch-amerikanischen Verhandlungen kamen bald zu einem Stillstand; von irakischen Offiziellen wurde der Deal verschiedentlich als „tot“ bezeichnet. Premier MALIKI geriet innenpolitisch – aber auch durch Kommentare aus Teheran, wo vor allem der „*War on Terror*“-Passus Befürchtungen hervorrief, es könne zu grenzüberschreitenden US-Militäroperationen in den Iran kommen – stark unter Druck, nichts zuzustimmen, was Abstriche von der irakischen Souveränität bedeuten könnte. Der Termin Ende Juli 2008 für den Abschluss des SOFA verstrich, ohne dass Bewegung in die Fronten gekommen war.

Die offene Diskussion über die Inhalte des SOFA führte im Irak zu einem verstärkten Engagement des *Council of Representatives* (CoR), in dem bereits 2007 kritische Stimmen laut geworden waren, als die Regierung MALIKI UNSC Resolution 1790 am Parlament vorbei ausgehandelt hatte. Artikel 61.4 der irakischen Verfassung von 2005 beauftragt das Parlament damit, den Ratifikationsprozess internationaler Verträge und Abkommen mit einem Gesetz zu regulieren, das laut Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit erlassen werden müsste.¹⁶ Nähere Auskunft darüber, welche Abkommen damit gemeint sind, gibt die Verfassung nicht. Wie bei anderen Gelegenheiten holte sich die irakische Regierung für ihre Vorgangsweise auch Direktiven bei der höchsten schiitischen Autorität in Najaf, Ayatollah Ali SISTANI, der seinem Wunsch nach breiter Involvierung der Parteien Ausdruck verlieh.¹⁷

In den USA war Präsident BUSH einer ähnlichen Kritik wie MALIKI ausgesetzt gewesen: Obwohl die US-Regierung darauf verwies, dass das SOFA ein „*executive agreement*“ und kein – der Zustimmung des Senats bedürftiger – „*treaty*“ sei,¹⁸ verlangten demokratische Abgeordnete auch angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen eine Befassung des Kongresses, die jedoch ausblieb. Die Polemiken dauerten bis nach die US-Präsidentschaftswahlen und den Abschluss des SOFA an.¹⁹ Im Irak wurde von Kritikern des Abkommens angemerkt, dass ein lediglich vom US-Präsidenten unterzeichnetes „*agreement*“ für die USA keinesfalls bindend sei und deshalb jederzeit abgeändert werden könne.²⁰

Angesichts der Schwierigkeiten wurden ab August 2008 die US-Erwartungen an den Sicherheitspakt mit dem Irak einerseits

zurückgestuft, andererseits Szenarien für den Fall eines Nichtabschlusses entworfen. Zeitweise war von einem „Übergangsabkommen“ für nur eineinhalb Jahre die Rede, das einige Fragen offen lassen würde.²¹ In den irakischen Parteien wurde die Möglichkeit diskutiert, das UNO-Mandat doch noch verlängern zu lassen, aber nicht als – die irakische Souveränität einschränkende und den Irak als „Gefahr für Frieden und Sicherheit darstellende“ – Chapter VII-Resolution. Juristen waren sich jedoch weitgehend einig, dass eine UNO-Resolution, die den Einsatz ausländischer Truppen in einem Land gestattet, ohne Chapter VII-Verstärkung undenkbar sei.

Die Verhandlungen über ein abgespecktes SOFA gingen im Sommer 2008 weiter, mit einer Tendenz zu – zu Beginn der Verhandlungen für eher unwahrscheinlich gehaltenen – Konzessionen von US-Seite. Vor allem die Forderung nach einem konkreten Abzugstermin der US-Truppen war zuerst auf Widerstand in Washington gestoßen, wo die Terminologie „*aspirational goal*“ für ein genanntes Datum bevorzugt wurde. Zwar einigten sich die beiden Seiten mit Ende 2011 auf einen Kompromiss zwischen den irakischen Wünschen (Abzugsdatum Ende 2010) und den amerikanischen Vorstellungen (2013), aber ein Textentwurf vom August 2008 blieb weiter ohne präzisen Zeitplan.²² Im Oktober wurde schließlich ein Text der beiden Verhandlungsdelegationen vorgelegt, der den irakischen Wünschen in weiten Strecken entgegenkam, inklusive eines Zeitplans, einer Beschneidung der US-Autoritäten im Irak und eines Passus³, der die Auslieferung von US-Soldaten bei außerhalb von militärischen Operationen und US-Militärstützpunkten verübten schweren Verbrechen an irakische Gerichte vorsah.²³ Deshalb war es eher eine Überraschung, als das irakische Kabinett am 19. Oktober 2008 dennoch den Text ablehnte, und zwar mit ausdrücklicher Billigung von Regierungschef MALIKI.²⁴ Die US-Reaktion war scharf: Verteidigungsminister Robert GATES erklärte „die Tür (für Änderungen am Text) für ziemlich weit geschlossen“ und warnte die Iraker, dass es auch für eine Verlängerung des UNO-Mandats zu spät sei. Die US-Botschaft in Bagdad stellte der irakischen Regierung insofern die Rute ins Fenster, als sie ankündigte, dass sich die US-Armee im Irak am 1. Jänner 2009 in ihre Kasernen zurückziehen und ihre militärischen Aufgaben, inklusive Training der irakischen Armee, nicht länger erfüllen werde.²⁵

Unbeeindruckt davon legten die Iraker weitere Dutzende Änderungswünsche vor, die substanziell vor allem die Konditionierungen und Zusätze zu den einzelnen Zeitplan-

Schritten (Rückzug der US-Truppen aus irakischen Städten Mitte 2009, Abzug Ende 2011) und die Immunitätenfrage betrafen. Bei letzterem Punkt blieb Washington hart, sonst wurde weiter nachgebessert, bis die irakische Regierung schließlich zustimmte und am 17. November 2008 der Vertrag vom US-Botschafter in Bagdad, Ryan CROCKER, und dem irakischen Außenminister Hoshiyar ZEBARI unterzeichnet wurde. Danach gingen sowohl das weniger kontroverse „*Strategic Framework Agreement of Friendship and Cooperation*“ (SFA), das den im November 2007 geschlossenen Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen dem Irak und den USA fort-schreibt,²⁶ sowie das SOFA ins Parlament zur Ratifizierung. MALIKI, dem die sichere knappe Mehrheit von kurdischen und schiitischen Stimmen (seiner *Dawa-Partei* und des *Islamic Supreme Council in Iraq*, ISCI) nicht genügte, weil er die Forderungen SISTANIS nach einer breiten Basis nicht erfüllt sah, kämpfte in Parteienverhandlungen bis zum Votum um jede parlamentarische Stimme. Davon dass Artikel 61.4 der irakischen Verfassung ursprünglich eine Ratifizierung von internationalen Verträgen und Abkommen mit Zweidrittelmehrheit vorsah, war nicht mehr die Rede.

Am 27. November ging schließlich die mehrfach verschobene Abstimmung von-statten, von 275 Abgeordneten waren 198 anwesend und 149 davon stimmten mit *Ja* für das SOFA,²⁷ das bedeutet eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden. Mit *Nein* stimmten die Parteigänger des Schiitenführers Muqtada AL-SADR (*Sadristen*), die ein Abkommen mit den USA prinzipiell ablehnten, die kleine schiitische *Fadhila-Partei*, ein Teil der (zerstrittenen) Liste von Ex-Premier Ayad ALLAWI und andere einzelne Abgeordnete. Die Zahl von 77 abwesenden Abgeordneten bei einer Abstimmung zu einer so wichtigen Weichenstellung für die Zukunft des Irak kann als hoch bezeichnet werden, auch wenn man die bevorstehenden islamischen Feiertage ins Treffen führte. Allerdings hat der CoR seit seiner Konstituierung 2006 ständig damit zu kämpfen, das in der Verfassung (Artikel 59.1) mit einer absoluten Mehrheit der Parlamentsmitglieder festgelegte Quorum zu erreichen.

Abgestimmt wurde am 27. November über zwei separate Ratifizierungsgesetze, eines zum SFA und eines zum SOFA, das nun offiziell „*Agreement between the Republic of Iraq and the United States of America on the withdrawal of the US Forces from Iraq and the regulation of their activities during their temporary presence there*“²⁸ heißt. Diesen Namen kann man als Programm dafür lesen, wie der Deal der irakischen Bevölkerung näher gebracht werden soll: Nicht

die Anwesenheit der US-Truppen im Irak für weitere drei Jahre steht im Vordergrund, sondern deren Abzug 2011.

Bereits am Tag vor der Abstimmung sicherte die Regierung, um Stimmen aus dem arabisch-sunnitischen Parteienblock *Tawafiq* zu gewinnen, die Durchführung eines Referendums zu. Die Sunniten hatten zuvor versucht, ihre Zustimmung darüber hinaus an die Zusage der Regierung zu knüpfen, den gesamten Debaathifizierungsprozess zu revidieren beziehungsweise zu stoppen und eine Amnestie für alle sich in US-Gewahrsam befindenden Gefangenen auszusprechen. Damit setzten sie sich nicht durch, es wurden ihnen jedoch „*politische Reformen*“ zugesichert.²⁹ In einer gleichzeitig mit den Ratifizierungsgesetzen angenommenen „Entscheidung“³⁰ des Parlaments werden alle staatlichen Institutionen und Parlamentsblöcke ermahnt, sich an die Verfassung und die dort festgelegten Prozeduren zu halten und sich nicht „anderer Mittel“ zu bedienen. Die irakische Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sich die US-Armee und die irakischen Sicherheitskräfte auf folgende Aufgaben beschränken: Verteidigung der Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Kriminalitätsbekämpfung, Selbstverteidigung. Sie sollten sich jedoch nicht in „interne Konflikte“ einmischen. Genauso vage wie dieser Passus liest sich die ganze „Entscheidung“, es handelt sich bestenfalls um eine Absichtserklärung.³¹

Laut Gesetz ist das Referendum über das SOFA bis spätestens Ende Juli 2009 durchzuführen, gesprochen wird von einer Abhaltung bis Ende Juni. Unter westlichen Beobachtern in Bagdad wurde Ende November kolportiert, dass eine Ablehnung des SOFA durch die irakische Bevölkerung – wobei im November 2008 laut Umfragen ohnehin eine Mehrheit dafür gestimmt hätte³² – auch keine dramatischen Konsequenzen haben würde. In einem „*side agreement*“ sei vereinbart, dass das zu diesem Zeitpunkt schon mindestens ein halbes Jahr in Kraft befindliche SOFA weitere 18 Monate gelten würde, d.h. bis Ende 2010. Dies wäre zwar ein Jahr kürzer als der im SOFA genannte Abzugstermin Ende 2011, würde sich aber mit den Abzugsvorstellungen des neuen US-Präsidenten Barack OBAMA decken.³³ Bei einer Nachfrage in irakischen Regierungskreisen konnte die Verfasserin dieser Studie jedoch nichts über ein derartiges „*side agreement*“ in Erfahrung bringen. Es wäre nicht nur illegal, sondern würde für die Regierung „politischen Selbstmord“ bedeuten, war die Auskunft. Es gebe keinen Plan B für den Fall einer Ablehnung. Was höchstens möglich sei ist, dass das SOFA im Fall einer

Ablehnung so lange in Kraft bleibe, bis ein neues verhandelt sei.³⁴ Auch dazu konnte jedoch nichts Schriftliches gefunden werden. In Artikel 3 des verabschiedeten Ratifikationsgesetzes steht lediglich: „*The Government of Iraq shall abide by the results of the public referendum*“.

Die Situation in den Wochen vor der SOFA-Abstimmung erinnerte an die Parteienverhandlungen über den Text der irakischen Verfassung im Sommer 2005: Kaum ein Beobachter wusste mehr genau, welche der zahlreichen Textversionen gerade Gültigkeit hatte, auch waren Abweichungen zwischen dem arabischen und dem englischen Text zu verzeichnen. Wurde der arabische Text dann zwei Wochen vor der Abstimmung im Parlament immerhin öffentlich in Bagdad verteilt,³⁵ so war die offizielle englische Version hingegen ein rares Gut,³⁶ worüber sich demokratische US-Abgeordnete beschwerten: Angeblich wollte die US-Regierung durch Zurückhalten des Textes vermeiden, dass mögliche Interpretationsunterschiede zwischen Washington und Bagdad schon vor der Parlamentsabstimmung offenbar würden.³⁷

Die Einordnung des SOFA ist mangels Vergleichsmöglichkeiten nicht ganz einfach. Klar ist, dass von den anfänglichen maximalistischen Vorstellungen der US-Regierung kaum etwas geblieben ist, es ist auch in keiner Weise mit den langfristigen Abkommen vergleichbar, die die USA mit anderen Staaten, meist im Kontext des Kalten Krieges, abgeschlossen haben, um dort langfristig Truppen zu stationieren: Zwar sind diese Abkommen von den Vertragspartnern der USA natürlich ebenfalls, mit Vorlauf Fristen, kündbar, aber sie sind selbst nicht befristet – während im SOFA-Text (Artikel 24.1) unmissverständlich festgehalten ist, dass „*All the United States Forces shall withdraw from all Iraqi territory no later than December 31, 2011*“. Weiters ist fixiert, dass bis spätestens 30. Juni 2009 die irakischen Sicherheitskräfte in allen irakischen Provinzen die Kontrolle von den US-Truppen übernommen haben werden und sich alle amerikanischen Kampftruppen aus irakischen „Städten, Dörfern und Ortschaften“ in – von einem gemeinsamen US-irakischen *Joint Military Operations Coordination Committee* (JMOCC) bestimmte – Anlagen zurückziehen.

Die US-Armee wird viele ihrer in den vergangenen Jahren üblichen Aktivitäten aufgeben müssen: Irakische Bürger dürfen nicht mehr verhaftet beziehungsweise festgehalten werden, es wird keine amerikanischen Gefängnisse im Irak mehr geben. Einiges im SOFA wird – auch das erinnert an das unfertige Dokument, das seit Oktober 2005 die irakische Verfassung

ist – einer genaueren späteren Regelung durch das „*Joint Committee*“ anheim gestellt, mit Interpretationsunterschieden und Konflikten ist zu rechnen. Unzweideutig ist hingegen der Paragraph, der den Nachbarn, allen voran Iran, Sorgen gemacht hatte (Artikel 27.3): „*Iraqi land, sea, and air shall not be used as a launching or transit point for attacks against other countries*.“

Für Angehörige der US-Streitkräfte („*members of the United States Forces and of the civilian component*“) gilt weiter strafrechtliche Immunität im Einsatz und in den Militärbasen, für schwere Verbrechen („*grave premeditated felonies*“) sind laut SOFA irakische Gerichte zuständig (Artikel 12.1), wobei man die Implementierung sehen wird: Es ist schwer vorstellbar, dass die USA eigene Soldaten an die irakischen Behörden ausliefern werden. Andererseits halten sich US-Soldaten im Irak außerhalb ihrer Einsätze ohnehin nicht außerhalb der Militärbasen auf. Beobachter merken an, dass die Angestellten privater US-Sicherheitsfirmen und US-Firmen, die für die US-Regierung im Irak arbeiten, noch immer viel weiter reichende Rechte haben als in anderen Staaten, in denen die USA militärisch präsent sind.³⁸ Was die legale Immunität betrifft, ist das SOFA jedoch klar (Artikel 12.2): „*Iraq shall have the primary right to exercise jurisdiction over United States contractors and United States contractor employees*.“

Das ist eine diametrale Abkehr von der Vorläuferregelung: In einem seiner berühmtesten Dekrete hatte US-Zivilverwalter Paul BREMER am 27. Juni 2004, unmittelbar vor seiner Abreise aus dem Irak und der Übertragung der Regierungsgeschäfte an die Iraker, den „*contractors*“ die rechtliche Immunität ohne Einschränkung garantiert. Nach wiederholten Vorfällen mit Sicherheitsfirmen, bei denen irakische Zivilisten getötet wurden, griff MALIKI das Thema schon im September 2007 bei einem Besuch in den USA auf.³⁹ Nach Ratifizierung des SOFA durch das irakische Parlament am 27. November blieb die öffentliche Empörung von US-Sicherheitsfirmen darüber, dass ihnen der Schutz vor Strafverfolgung entzogen wird, erst einmal aus; die Folgen waren nicht direkt abzusehen. Für das Pentagon arbeiten derzeit etwa 163.000 „*contractors*“ im Irak, davon 17 Prozent US-Bürger und 49 Prozent Iraker; das State Department hat 5500, 1000 davon sind Amerikaner.⁴⁰

Eines der prinzipiellen Argumente, die die *Sadr*isten gegen SOFA und SFA anführten, war, dass ein Staat, gegen den eine UNO-Sicherheitsratsresolution unter Chapter VII aufrecht sei, kein vollwertiger Vertragspartner sei.⁴¹ Der Wunsch, Chapter VII, und damit die

Kategorisierung als „Gefahr für Frieden und Sicherheit“, loszuwerden, verbindet alle irakischen Parteien und wird auch im SOFA thematisiert, es ist ihm ein eigener Artikel gewidmet (Artikel 25: *Measures to Terminate the Application of Chapter VII to Iraq*). Darin wird – wie auch in der Präambel des SFA – festgehalten, dass der Irak zum „*legalen und internationalen Ansehen*“ zurückkehren sollte, das es vor der UNO-Sicherheitsratsresolution 661 von 1990 genossen hatte.⁴² Die USA sollten, heißt es in dem Artikel, „*use its best efforts to help Iraq take the steps necessary to achieve this by December 31, 2008*“. Zur Zeit der Niederschrift dieses Papiers Mitte Dezember war es unsicher, ob Chapter VII Resolutionen zum Irak wirklich bald der Vergangenheit angehören würden. Zwar wird das UNO-Mandat für die MNF-I unter Chapter VII Ende des Jahres natürlich hinfällig, aber eine neue Chapter VII Resolution für den Irak erschien möglich:

Chapter VII betraf unter anderem auch die Regelungen in Bezug auf die bei der Federal Reserve Bank of New York deponierten irakischen Gelder (Development Fund for Iraq, DFI)⁴³, was auch vom Irak als Vorteil empfunden wurde, weil dadurch dieses Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern aus der Zeit Saddam HUSSEINS klar geschützt war.⁴⁴ Während der irakischen Parlamentsdebatte zum SOFA wurde kritisch thematisiert, dass dieser Schutz gemeinsam mit dem UNO-Mandat für die MNF-I auslaufen würde.⁴⁵ Am 12. Dezember 2008 begannen im UNO-Sicherheitsrat in New York Verhandlungen über einen Resolutionsentwurf der USA, der festlegen sollte, dass die geltenden DFI-Modalitäten um ein weiteres Jahr verlängert würden. Dies entspricht selbstverständlich dem Wunsch des Irak, Russland drängte jedoch darauf, dass die Resolution erneut unter Chapter VII stehen sollte. Nur so sei die Unantastbarkeit weiter gesichert.⁴⁶

Politischer Ausblick auf das Jahr 2009

Unter westlichen Diplomaten in Bagdad wird manchmal hinter vorgehaltener Hand bezweifelt, ob der 1. Jänner 2009 tatsächlich der allerbeste Zeitpunkt für die dramatische Umstellung der irakischen Beziehungen zu den USA ist.⁴⁷ Zwar ist die Verbesserung der Sicherheitssituation während des ganzen Jahres 2008 unbestreitbar, aber auch noch im Dezember 2008 bezeichnete US-Central Command-Chef General David PETRAEUS die Lage als „*fragil und reversibel*“, wenn auch in einem geringeren Ausmaße als während der ersten Jahreshälfte.⁴⁸ Das Jahr 2009 wird den Irakerinnen und Irakern etliche Urnengänge bringen, zu Wahlen und Referenden, außerdem soll die lange angekündigte Volkszählung durchgeführt werden, die Aufschluss über die Stärke der einzelnen Volksgruppen geben wird. All das könnte die Spannungen zwischen den Konfessionen und Ethnien wieder erhöhen. Die US-Armee wird zwar noch mit den noch immer im Aufbau befindlichen irakischen Sicherheitskräften (ISF) zusammenarbeiten, die jedoch nun alleinverantwortlich sind und bereits am 31. Jänner 2009, bei den Provinzwahlen, ihre erste große Bewährungsprobe zu bestehen haben. Allerdings könnte man auch argumentieren, dass die Urnengänge nur unter der Voraussetzungen einer wiedergewonnen irakischen Kontrolle und dem Ende der US-Vollmachten im Land überhaupt Sinn machen. Das Thema „Besatzung“ fällt für die diversen Wahlkämpfe weg, es ist zu erwarten, dass sich die Bürger und Bürgerinnen vor allem auf die Frage von „*good governance*“ und die mangelnden Service-

leistungen der irakischen Institutionen konzentrieren werden.

Zweifellos steht Regierungschef MALIKI nach dem Abschluss von SOFA und SFA gestärkt da. Die kommenden Urnengänge haben gewiss auch zu seiner Konfrontationslust mit den Amerikanern in den Verhandlungen beigetragen, sowie auch zu den Positionen anderer Parteien: Kein irakischer Politiker konnte und wollte sich leisten, unter Verdacht zu geraten, Abschlüge von der irakischen Souveränität in Kauf zu nehmen oder den USA eine längerfristige Präsenz im Irak als nötig zu gestatten. Am wenigstens kontrovers war das SOFA bei den Kurden, bei denen der Schutzaspekt der US-Präsenz im Land im Vordergrund steht.

Die Liste der Urnengänge, die im gesamten Irak oder Teilen davon bevorstehen und bereits im Jahr 2009 stattfinden könnten, ist beeindruckend lang:

- Provinzwahlen (in allen außer den drei kurdischen Provinzen und in Kirkuk/Tamim, 31. Jänner 2009)
- Distriktwahlen in den arabischen Provinzen
- SOFA-Referendum (Gesamtirak, bis Ende Juli, wahrscheinlich Ende Juni)
- Referendum über die Verfassungsrevision (Gesamtirak)
- Referendum laut Artikel 140 der Verfassung (in den „*disputed territories*“, d.h. Teilen des Irak, die von Kurden und

Arabern gleichermaßen beansprucht werden, darunter Kirkuk)

- Kurdisches Verfassungsreferendum
- Parlamentswahlen in Kurdistan (Kurdische Regionalregierung)
- Provinz- und Distriktwahlen in den kurdischen Gebieten
- Referendum über Regionenbildung in Basra
- Parlamentswahlen im Dezember 2009 (Gesamtirak)

Provinzwahlen

Die Provinzwahlen am 31. Jänner 2009, die die ersten Wahlen sein werden, die der Irak völlig in Eigenverantwortung durchführt, waren bereits für Oktober 2008 projiziert gewesen. Aufgrund der monatelangen arabisch-kurdischen Streitigkeiten über den Wahlmodus in Kirkuk (Tamim) war das Provinzwahlgesetz jedoch lange Zeit im irakischen Parlament blockiert. Ein erster, mit nur 127 von 275 Stimmen angenommener Entwurf, der einen nach Proporz besetzten Provinzrat für Kirkuk vorsah, wurde von Präsident Jalal TALABANI an das Parlament zurück verwiesen.⁴⁹ Erst nachdem die Provinz Kirkuk/Tamim von den Wahlen ausgenommen wurde – bis März 2009 sollte eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission einen Lösungsvorschlag präsentieren –, wurde Ende September 2008 der Weg frei für die ersten wirklich inklusiven Wahlen der Provinzräte. Dabei wurde ein Paragraph im Wahlgesetz, der fixe Quoten für Minderheiten vorsah, einfach gestrichen: Das wurde nach lauten Protesten von Christen und anderen Minderheiten und Druck von UNO und USA zwar später wieder repariert.⁵⁰ Es zeigt jedoch die Verletzlichkeit der Minderheiten besonders in den umstrittenen Gebieten, die Gefahr laufen, zwischen kurdischem und arabischem Nationalismus sowie islamischem religiösem Extremismus aufgerieben zu werden.

Provinzwahlen hatten zum ersten Mal nach dem Sturz Saddam Husseins im Jänner 2005, gemeinsam mit den ersten Parlamentswahlen, stattgefunden, durch den Boykott weiter sunnitisch-arabischer Bevölkerungsteile waren die Resultate jedoch nicht repräsentativ. Von den Provinzwahlen können deshalb vor allem neue Erkenntnisse über die Kräfteverhältnisse im arabisch-sunnitischen Lager erwartet werden: Mit den (anfänglich von den USA zur Bekämpfung von Al-Qaida finanzierten) tribalen sunnitischen „*Erweckungsräten*“, allen voran in der Provinz Anbar, aber auch in Diyala und Bagdad, drängen völlig neue Kräfte in den

politischen Prozess, die früher dem sunnitischen Aufstand nahestehende Bevölkerungsgruppen repräsentierten. Das wird auf Kosten der bereits im politischen *Mainstream* vertretenen Sunniten, allen voran der Irakischen Islamischen Partei (IIP) von Vizepräsident Tariq al-HASHIMI gehen. Aber auch für die schiitischen Teile des Irak gibt es keine sicheren Prognosen: Die *Sadristen* von Muqtada AL-SADR treten als Unabhängige an, werden jedoch nach den Wahlen bestimmt eine Fraktion bilden. Überhaupt werden im Gegensatz zu den früheren Wahlen nicht nur Listen (*closed-list system*), sondern Individuen gewählt, was nicht zuletzt durch die verbesserte Sicherheitssituation möglich wurde.⁵¹

Mit großem Interesse wird das Abschneiden von MALIKIS Islamischer Dawa-Partei verfolgt werden; ganz allgemein erwarten Beobachter, dass ein schlechter Wahlerfolg für die Regierungsparteien das im CoR auszuarbeitende künftige Wahlgesetz für die nächsten Parlamentswahlen beeinflussen könnte.⁵² Aber gegen MALIKI im Speziellen gibt es Vorwürfe, dass er alles tue, um die relativ kleine Dawa-Partei, und da seine eigene Fraktion, besonders zu fördern.⁵³ Böses Blut unter den Schiiten, besonders bei der konkurrierenden ISCI, aber auch Kritik von Staatspräsident Jalal TALABANI rief MALIKIS neue Praxis hervor, in irakischen Städten tribale „*Unterstützungsräte*“ zu installieren, zuletzt auch in gemischten kurdisch-arabischen Gebieten. Die Entgegnung MALIKIS an die Adresse TALABANIS war sehr scharf im Ton und erinnerte unangenehm an die frühere antikurdische Rhetorik im Irak. Nach MALIKIS Weigerung, die Räte aufzulösen, mit dem Hinweis, sie seien unentbehrlich für die nationale Sicherheit, wollte sich TALABANI Anfang Dezember 2008 sogar an die Gerichte wenden.⁵⁴ Dass die Auseinandersetzung von extremistischen Kräften ausgenutzt wird, zeigte sich dramatisch am 11. Dezember, als in einem Restaurant in Kirkuk, wo ein Treffen arabischer und kurdischer Lokalpolitiker zu dieser Thematik stattfand, bei einem Anschlag mindestens 46 Menschen getötet wurden.⁵⁵ Sarkastisch könnte man jedoch anmerken, dass MALIKI mit der Schaffung von ihm loyalen eigenen tribalen Gruppen dem US-Beispiel der Kreation der „*Erweckungsräte*“ und später der „*Sons of Iraq*“-Milizen folgt, deren Integration in die ISF oder Absorption in zivile Jobs heute ein großes Problem für den Irak darstellt. Nicht nur wegen der Räte wird MALIKI jedoch kritisiert, er tendierte im Jahr 2008 zunehmend dazu, durch Berater, *de facto* Schattenminister, zu regieren und die

Institutionen zu übergehen. Seine zentralistischen Tendenzen sind nicht zu übersehen, die Buchstaben und Geist der irakischen Verfassung widersprechen. Seine Anstrengungen, sich eine eigene Machtbasis zu schaffen, mögen aus seiner persönlichen Geschichte her – er wurde 2006 als schwacher Kompromisskandidat Premier – verständlich sein, passen jedoch nicht in eine demokratische Entwicklung des Irak, genauso wenig wie das Anheizen arabisch-nationalistischer antikurdischer Gefühle.

Referenden über die Verfassungsrevision und über Artikel 140

Trotz der arabisch-kurdischen Spannungen, die im Sommer 2008 sogar dazu führten, dass sich bei Khanaqin im gemischten Nordosten des Irak kurzfristig ISF und kurdische *Peshmerga* gegenüber standen,⁵⁶ haben sich im November 2008 fünf Regierungsparteien auf Parteiengespräche verständigt, die die großen anstehenden Probleme in einem Paket lösen sollen. Es sind dies die beiden kurdischen Parteien Kurdische Demokratische Partei (KDP) und Patriotische Union Kurdistans (PUK), die schiitischen Parteien Dawa und ISCI sowie die sunnitische IIP. Es wurden fünf Arbeitsgruppen eingerichtet; auf ihrem Programm stehen vor allem die – in der Verfassung von 2005 selbst angeordnete und längst überfällige – Verfassungsrevision, das noch immer ausstehende nationale Ölgesetz, die Frage der umstrittenen Territorien und des Referendums über deren Zugehörigkeit (das laut Verfassung Artikel 140 bereits vor Ende Dezember 2007 hätte stattfinden sollen) und die Frage nach der Wahl und Status des irakischen Präsidenten und der Vizepräsidenten (laut Verfassung werden sie alle vier Jahre vom CoR gewählt). Letzteres hat deshalb eine besondere Brisanz, weil Berichte über den schlechten Gesundheitszustand von Jalal TALABANI durchaus ernst genommen werden müssen.⁵⁷ Offenbar werden die Gespräche von den Kurden angetrieben, die nun, da das SOFA unter Dach und Fach ist, eine Lösung der offenen Fragen verlangen: Tatsächlich erscheint es aus ihrer Sicht geboten, dies anzugehen, solange noch US-Truppen im Land sind. Die Idee des „*Grand Bargain*“ – die International Crisis Group hat dafür das Schlagwort „*Oil for Soil*“ geprägt – ist nicht neu, er würde darauf hinauslaufen, dass die Kurden ihren exklusiven Anspruch auf Kirkuk hintanstellen, einer Konsenslösung zustimmen, und dafür eine ihnen genehme, sichere, unumstrittene interne Grenze ihrer Region zum arabischen Teil bekommen, plus das Recht auf die von ihnen

gewünschte Öläutonomie.⁵⁸ Diese 5-Parteien-Gespräche wurden jedoch nicht nur ohne Zutun der USA, der UNO und anderer äußerer Akteure beschlossen, vielmehr dürfte die Tatsache, dass alle diese Themen nun gemeinsam auf den Tisch kommen, für USA und UNO eher beunruhigend sein, weil sie befürchten, dass eine Akkumulation der Probleme zu einer Eskalation führen könnte.⁵⁹ So hatte die UNAMI (U.N. Assistance Mission in Iraq) einen bereits vorliegenden Bericht mit Empfehlungen zu den umstrittenen Gebieten bis Mitte Dezember nicht veröffentlicht, um nicht die bereits bestehenden kurdisch-arabischen Spannungen zu erhöhen.

Es steht viel auf dem Spiel: Falls eine Einigung gelingt, könnte es 2009 sowohl zu einem Verfassungsreferendum als auch zu einem Referendum in den umstrittenen Gebieten kommen. Falls jedoch die Gespräche scheitern, wird das die härteste Bewährungsprobe für den Irak sein, seit er 2006/2007 in den vollen Bürgerkrieg abzurutschen drohte. Ein Scheitern käme der Erkenntnis gleich, dass die irakischen Parteien auch im 6. Jahr nach dem Sturz Saddam HUSSEINS kein gemeinsames irakisches Projekt haben. Die Frage wird dann sein, ob weiter verhandelt oder wieder gekämpft wird.

Referendum in Basra

Mit einer Initiative eines Abgeordneten aus Basra, des früheren Gouverneurs Wael ABDUL-LATIF, wurde – zur Unzeit, wie viele meinen – ein anderes latentes Problem wieder akut gemacht. Von 15. Dezember 2008 bis 14. Jänner 2009 läuft in Basra die Eintragsfrist für ein von ABDUL-LATIF gestartetes Volksbegehren, das, wenn mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben, zu einem Referendum über die Bildung einer Region Basra führen wird.⁶⁰ Die irakische Verfassung sieht die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von Provinzen zu einer Region, angelehnt an das kurdische Modell, vor. Angesichts der Kontroversen – besonders die von arabischen Sunniten bewohnten Provinzen befürchteten, sie würden bei einem Zusammenschluss der ölfreichen schiitischen Provinzen benachteiligt – wurde eine mögliche Implementierung jedoch 2006 aufs Eis gelegt. Es gibt keine einheitliche schiitische Meinung zu einer Regionenbildung im Süden: *Dawa* und *Sadristen* sind dagegen, bei der ISCI gibt es unterschiedliche Modelle für Regionen (die Ölprovinzen Basra und Maysan und Dhi Qar zusammen, oder Basra plus acht andere

schiiitische Provinzen). Während die Kurden eine Regionenbildung auch im Süden als Schwächung des Zentralismus prinzipiell favorisieren, wäre ihnen eine zu mächtige schiiitische Großregion jedoch weniger recht. Mitte Dezember hat dazu die Diskussion im Süden auf breiter Basis begonnen, sie wird in Basra auch bestimmt den Provinzwahlkampf dominieren. Ein Referendum in Basra, das erst seit 2008 wieder von der Regierung kontrolliert wird, nachdem es zuvor in innerschiiitische Fehden abgeglitten war, würde die Spannung zwischen den schiiitischen Parteien wieder

anheizen, mit Folgen vielleicht auch für die innerschiiitische Zusammenarbeit in den nationalen Institutionen in Bagdad.

Die oben bearbeiteten drei Punkte – Provinzwahlen, kurdisch-arabische Probleme, Basra – werden gemeinsam die ersten Monate des Jahres 2009 dominieren. Das heißt auch, dass bis zum Referendum über das SOFA und bis zum Abzug der US-Truppen aus den irakischen Wohngebieten zur Jahresmitte klar sein dürfte, ob die 2008 erreichte Stabilisierung diese geballten Herausforderungen übersteht.

Der Irak und die internationale Gemeinschaft

Für die Amerikaner und Briten im Irak brechen am 1. Jänner 2009 neue Zeiten an: Zum ersten Mal seit der Invasion 2003 werden amerikanische und britische Diplomaten und Botschaftspersonal ins Außenministerium pilgern, um dort ihre irakischen Akkreditierungen und Ausweise zu erhalten. Die Praxis, dass die irakischen Behörden – zu ihrem oftmaligen Ärger – nicht einmal wissen, wer sich im Irak aufhält, ist vorbei. Zwar können Angehörige der US-Streitkräfte weiter nur mit einer US-Autorisierung in den Irak reisen, aber der Irak hat zumindest das Recht, Informationen darüber zu verlangen. Der amerikanische und der britische Botschafter werden auch nicht mehr, wie bisher, Teil des irakischen Nationalen Sicherheitsrats sein.

Die Zukunft der jetzigen Grünen Zone wird von der Nachhaltigkeit der Sicherheitsentwicklung abhängen, aber ihre langsame Öffnung ist jedenfalls geplant, das heißt, die Gettoisierung der irakischen Entscheidungsträger, aber auch der dort präsenten Botschaften soll sich aufhören. 2008 brachte einen Durchbruch, was den Zuzug von Botschaften aus arabischen Ländern nach Bagdad anbelangt, Saudi-Arabien hat zwar allem US-Druck zum Trotz noch immer keinen Botschafter in Bagdad, aber alle anderen treffen nach und nach ein. Die Beziehungen MALIKIs zu den sunnitischen arabischen Staaten sind besser, seitdem er im Frühjahr und Sommer 2008 gegen die Milizen des Schiitenführers Muqtada AL-SADR vorgegangen ist, aber in Riad traut man ihm noch immer nicht völlig.⁶¹ Bei einer allgemeinen Verbesserung der irakisch-arabischen Beziehungen steigen gleichzeitig die Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten überall in der arabischen Welt.⁶² Auch wenn sich die sunnitisch-arabischen Staatschefs wie Hosni MUBARAK von Ägypten oder König ABDULLAH von Jordanien mittlerweile rhetorisch zurück-

nehmen, steigt das Misstrauen weiter. Einige arabische Beobachter meinen sogar, dass der schiitisch-sunnitische Konflikt in der Wichtigkeit für die arabischen Staaten den arabisch-israelischen Konflikt ersetzt habe.

In der neuen selbstbewussten Art der Regierung gab Regierungssprecher Ali AL-DABBAGH Anfang Dezember 2008 in Washington bekannt, dass der Irak mit seinen Nachbarn Saudi-Arabien, Iran, Kuwait, Jordanien, Syrien und der Türkei eine „Regional Economic Partnership“ plane – was zunächst unter den Angesprochenen, die fundamentale politische und ideologische Unterschiede trennen, verhaltene Reaktionen auslöste.⁶³ Aber die wichtigste Botschaft Bagdads dabei dürfte wohl sein, dass es alle von außen oktroyierte Formate heute als überholt betrachtet, wie eben die existierende und von den USA betriebene „Nachbarschaftsgruppe“, die die Nachbarstaaten darauf einschwören sollte, den Irak nicht zu sabotieren, sondern zu unterstützen. Auch der von den USA im schlimmsten Irak-Jahr, 2006, durchgesetzte *International Compact for Iraq* (ICI) hat sich mehr oder weniger totgelaufen, auch wenn er noch regelmäßig in Präambeln von Dokumenten zitiert wird. Andere internationale kooperative Formen, wie der IRFFI (International Reconstruction Fund Facility for Iraq), der die internationalen Gebergelder und -aktivitäten bündelte, neigen sich ebenfalls dem Ende ihrer Geschichte zu. Zwar wird weiter eine Koordinationsstelle zwischen UNO, EU und anderen Geberländern bestehen, aber die Geber werden eher auf bilaterale Projekte setzen, nicht zuletzt die EU, um ihre Visibilität zu erhöhen, welche im Irak immer gering war, obwohl Brüssel ein Hauptgeber der Nachkriegsjahre war und einen nicht geringen Teil der UNO-Aktivitäten finanzierte. Die EU führt mit dem Irak weiter

Verhandlungen über ein TCA (*Trade and Cooperation Agreement*), das auch einen „Politischen Dialog“ beinhaltet. Die Verhandlungen selbst können als Teil des für den Irak noch immer dringend benötigten „*capacity building*“ gesehen werden, sie sollen aber bereits im Frühjahr 2009 abgeschlossen werden. Keinen Fortschritt gibt es bei der Weiterentwicklung des bis dato sehr allgemein gehaltenen *Memorandum of Understanding* zwischen EU und dem Irak zur Energiezusammenarbeit.

Der große – vor allem auch wirtschaftliche – Einfluss des Iran im Irak ist unbestreitbar. Ein Punkt, den auch Kritiker MALIKIS diesem hoch anrechnen ist, dass er zwar versucht, den Iran nicht zu brüskieren, aber auch nicht von dort kontrolliert wird. So musste sich Teheran auch mit dem SOFA und SFA zwischen den USA und dem Irak abfinden, gegen die es teilweise sehr offen agitiert hat.⁶⁴ Im Irak wird sich weiterhin der Stand der iranisch-amerikanischen Beziehungen reflektieren. Diese Tatsache hat unzweifelhaft auch dazu beigetragen, dass die USA bereits unter der Administration BUSH davon Abstand zu nehmen begannen, Pläne zu einer militärischen Intervention gegen die iranischen Nuklearanlagen durchzuführen. Nicht nur, dass sich die iranische Unterstützung für verschiedene militante Gruppen im Irak schlagartig erhöht hätte, auch die irakische Regierung wäre stark unter Druck gekommen, sich von Washington zu distanzieren. Man kann getrost behaupten, dass bei einem US-Angriff auf den Iran der Abschluss eines SOFA für die USA im Irak praktisch unmöglich geworden wäre. Es bleibt allerdings die Frage, ob sich Israel nicht zu einem Alleingang entschließt und Luftangriffe durchführt, auch das würde nicht ohne Folgen im Irak bleiben.

Unter der neuen US-Administration von Barack OBAMA besteht die Hoffnung, dass sich die amerikanisch-iranischen Beziehungen verbessern – nach Auskunft von Diplomaten in Brüssel gab es Mitte Dezember 2008 auch Anzeichen für Bewegung im Atomstreit – und dadurch die konstruktive Seite des iranischen Einflusses im Irak *à la longue* die destruktive Seite überwiegen wird. Auch im Iran gibt es mit den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 eine Chance auf eine Weichenneustellung. Den Einfluss Irans im Irak völlig zurückdrängen zu können, ist eine Illusion – erstaunlich auch, dass die Wahrscheinlichkeit eines iranischen Aufstiegs 2003 vor der US-Invasion dem US-amerikanischen strategischen Denken entgangen sein soll. Teheran hat sich jedoch seit dem Einmarsch der US-Truppen im Irak in

einem ständigen Dilemma befunden. So begrüßenswert das Debakel der Amerikaner aus iranischer Sicht war, da es die US-Kräfte so völlig band, dass es weitere Engagements ausschloss, so wenig war je ein völliges Scheitern der schiitisch-geführten irakischen Regierung in iranischem Interesse. Bei aller Unterstützung von militanten Gruppen bestand die primäre Strategie des Iran im Irak darin, seine Alliierten im politischen Establishment zu unterstützen.⁶⁵ Neben diesem Doppelspiel liegt auch eine starke Föderalisierung des Irak mit einer autonomen schiitischen Region im Süden im iranischen Interesse – wobei der säkulare Schiit Wael ABDUL-LATIF, der jetzt den entscheidenden Schritt in Richtung eines Referendums zur Regionenbildung getan hat, jedoch nicht zu den Parteigängern Teherans zählt. Eine Verminderung des Einflusses von Bagdad im Süden des Landes würde den Zugriff Teherans stärken (wobei man schon heute auf den Straßen Basras genauso viel Farsi wie Arabisch hören soll). Hier laufen die iranischen Interessen denen von Regierungschef MALIKI diametral entgegen, obwohl dessen *Dawa-Partei* traditionell gute Verbindungen in den Iran hat. Als der iranische Klient im schiitischen Mainstream galt und gilt aber weiter die ISCI (mit den später zur eigenen politischen Organisation umgewandelten Badr-Milizen), die 2003 gleichzeitig die einzige religiöse schiitische Partei mit guten Beziehungen zu den USA war.

Barack OBAMA hat verschiedentlich betont, dass der wahre Krieg der USA in Afghanistan geführt werden muss. Ironischerweise profitiert auch er von den relativen Erfolgen der BUSH-Administration im Irak im Jahr 2008, die vom – von OBAMA abgelehnten – „*surge*“, der US-Truppenaufstockung von 2007, mitbestimmt waren (auch wenn die republikanische US-Regierung die Bedeutung des „*surge*“ für die Stabilisierung des Irak übertrieb; da gab es etliche andere bedeutende Faktoren). Die Verbesserung der Sicherheitslage im Irak wird OBAMA erlauben, seine eigene Politik des „*disengagement*“ und der Truppenreduktion zu betreiben, ohne verantwortungslos genannt zu werden, weil er den Irak einem sicheren Bürgerkriegsschicksal überlässt. Prognosen dazu, wie das Engagement der USA im Nahen und Mittleren Osten in den nächsten Jahren aussehen wird, sind deshalb unmöglich zu treffen, weil Ende 2008 niemand voraussagen kann, wie lange die Finanz- und Wirtschaftskrise anhalten wird, in welche Tiefen sie führen und welche Folgen sie haben wird. Der von OBAMA angekündigte verstärkte Einsatz für

den wirtschaftlichen Aufbau Afghanistans kostet vor allem einmal Geld. Ende 2008 müssen sich die USA aber auch fragen, ob sie überhaupt die Expertise dazu haben. Zu einem verheerenden Urteil kam Mitte Dezember ein 500-Seiten-Bericht⁶⁶ des „Office of the Special Inspector General for Iraq Reconstruction“, geführt von Stuart W. BOWEN, der nicht nur die vergangenen schweren, teilweise völlig absurden Fehler und Versäumnisse im Irak auflistet und analysiert, sondern auch zum Schluss kommt, dass auch fünf Jahre danach „the United States government has in place neither the policies and technical capacity nor the organizational structure that would be needed to undertake such a program or anything approaching this scale“.⁶⁷ Das heißt: auch

nicht für Afghanistan. OBAMA muss von vorne beginnen. Es mehren sich aber auch die Stimmen, die ihn davor warnen, alles auf die Afghanistan-Karte zu setzen: Dort sei der Krieg noch schwerer zu gewinnen als anderswo, militärisch nicht mit einem „surge“, und politisch nicht mit Persönlichkeiten wie Präsident Hamid KARZAI, auf den die USA bisher gesetzt haben.⁶⁸ Für Afghanistan sollte heute klar sein, was die BUSH-Regierung für den Irak erst viel zu spät eingesehen hat: dass eine Lösung regional akzeptiert und unterstützt sein muss. Für Afghanistan heißt das, es geht nicht ohne Einbindung von Pakistan, Iran, Russland, Indien und China.

Anmerkungen

- ¹ Im Dezember 2008 etwa 146.000.
- ² Chapter VII bezeichnet UNO-Resolutionen, die laut Artikel 42 notfalls unter Einsatz von Gewalt umzusetzen sind.
- ³ USA, Großbritannien und Frankreich errichteten und kontrollierten 1991 eine Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrads und 1992 eine Flugverbotszone südlich des 32. Breitengrades, die 1996 auf den 33. ausgedehnt wurde (was von Frankreich nicht mehr mitgetragen wurde).
- ⁴ „Rumänien will seine Truppen im Irak bis 2011 belassen“, Austria Presse Agentur (APA), 1. Dezember 2008.
- ⁵ „U.S.-led coalition in Iraq dwindles as allies leave“, Reuters, 3. Dezember 2008.
- ⁶ „Zeitungen – Britische Truppen sollen ab März den Irak verlassen“, Reuters, 10. Dezember 2008.
- ⁷ <http://icasulaties.org> (download 9. Dezember 2008).
- ⁸ Iraq War Results & Statistics, 20. November 2008, <http://usliberals.about.com/od/homelandsecurit1/a/IraqNumbers.htm> (download 9. Dezember 2008).
- ⁹ Bei einem Gewaltniveau, das auf jenes im Sommer 2003 zurückging. „Iraq violence at 5-1/2 year low, Petraeus says“, Reuters, 9. Dezember 2008.
- ¹⁰ Condoleezza Rice war damals Nationale Sicherheitsberaterin.
- ¹¹ „Rice übernimmt Verantwortung für Irak-Besetzung“, APA, 7. Dezember 2008. „Bush calls flawed Iraq intelligence biggest regret“, Reuters, 1. Dezember 2008.
- ¹² Laut SOFA (Artikel 28) werden die USA aber gemeinsam weiter mit den Irakern in Sicherheitsfragen zusammenarbeiten.
- ¹³ CRS Report for Congress: US Embassy in Iraq, Updated 8. August 2008. <http://italy.usembassy.gov/pdf/other/RS21867.pdf> (download 10. Dezember 2008).
- ¹⁴ „U.S. Military Hoped for Virtually Unlimited Freedom of Action in Iraq“, National Security Archive, Electronic Briefing Book No. 252, Juni 2008. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB252/index.htm> (download 9. Dezember 2008).
- ¹⁵ Ibid.
- ¹⁶ Article 61: The Council of Representatives shall be competent in the following: (...) Fourth: Regulating the ratification process of international treaties and agreements by a law, to be enacted by a two-thirds majority of the members of the Council of Representatives.
- ¹⁷ „Sistani Briefed on Iraqi SOFA“, United Press International (UPI), 10. Oktober 2008.
- ¹⁸ „No Congress Approval Needed for Iraq Troop Deal: US official“, Agence France Press (AFP), 10. April 2008.
- ¹⁹ <http://www.democrats.com/iraq-bases> (download 10. Dezember 2008).
- ²⁰ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.

-
- ²¹ „Der Abzug aus dem Irak ist ein Ziel mit vielen Variablen“, Der Standard, 1. August 2008.
- ²² „Draft Accord With Iraq Sets Goal of 2011 Pullout“, The New York Times, 21. August 2008.
- ²³ Excerpts from Draft U.S.-Iraqi Security Agreement, The Associated Press (AP), 17. Oktober 2008.
- ²⁴ „Gates Says US Reluctant to Alter Iraq Troop Draft“, Reuters, 21. Oktober 2008.
- ²⁵ Ibid.
- ²⁶ Der SFA ist im Wesentlichen eine Absichtserklärung zur Kooperation in den Feldern Politik und Diplomatie, Kultur, Wirtschaft und Energie, Gesundheit und Umwelt, Informationstechnologie und Kommunikation, Law Enforcement und Justiz. In Sektion III, Verteidigung und Sicherheitskooperation, wird auf das SOFA verwiesen.
- ²⁷ „Iraq parliament passes US security pact“, Reuters, 27. November 2008.
- ²⁸ Aus praktischen Gründen wird hier weiter von SOFA die Rede sein.
- ²⁹ „Iraq parliament passes US security pact“, Reuters, 27. November 2008.
- ³⁰ „Entscheidung des irakischen Parlaments, basierend auf Artikel 59.2 und 109 der Verfassung“. 27. November 2008.
- ³¹ Zum Beispiel, Artikel 3 beginnt folgendermaßen: „The Council of Representatives shall ask the competent authorities to accelerate the achievement of the following...“
- ³² Auskunft der Bagdad-Korrespondentin des „Standard“, 28. November 2008.
- ³³ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ³⁴ Mailwechsel der Verfasserin mit einem irakischen Offiziellen, 11. Dezember 2008.
- ³⁵ „Die Iraker bekommen das letzte Wort“, Der Standard, 28. November 2008.
- ³⁶ Im Internet ist er zu finden unter:
http://media.mcclatchydc.com/smedia/2008/11/25/17/SOFA-official.source.prod_affiliate.91.pdf
(download 12. Dezember 2008). Mitte Dezember 2008 gab es dafür keine offizielle Quelle im Internet.
- ³⁷ „U.S. staying silent on its view of Iraq pact until after vote“, McClatchy, 25. November 2008.
- ³⁸ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ³⁹ „Iraqi law would end US firms’ legal immunity“, Los Angeles Times, 26. September 2007. Am 16. September 2007 waren 11 Iraker von Angestellten der Firma Blackwater bei einer Schießerei getötet worden.
- ⁴⁰ „US contractors lose immunity in Iraq security deal“, AP, 21. November 2008.
- ⁴¹ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ⁴² UN SC Resolution 661 (1990) vom 6. August 1990 war die zweite Resolution nach der irakischen Invasion Kuwaits und die erste Chapter VII Resolution dazu. In ihr wurde das Embargo verhängt, das im Wesentlichen bis Mai 2003 andauerte.
- ⁴³ UN SC Resolution 1483 (2003) beendete im Mai 2003 die Sanktionen und ordnete die Etablierung eines Development Fund for Iraq an, in den die Erdöleinnahmen des Irak, die bleibenden Gelder aus dem „Oil for Food“-Programm der UNO und Gelder aus eingefrorenen Konten des früheren irakischen Regimes flossen.
- ⁴⁴ Interview mit dem irakischen Botschafter bei der UNO in New York, Hamid al-Bayati, UPI, 7. November 2008.
- ⁴⁵ Allawi, Ayad: „US-Iraq Agreement Needs Work“, Boston Globe, 26. November 2008. Der Autor war der erste (nicht gewählte, sondern ernannte) Premierminister des Irak der Post-Saddam-Ära und einstens der Favorit der USA. Er sprach sich gegen das SOFA aus.
- ⁴⁶ Information vonseiten eines westlichen bei der UNO in New York akkreditierten Diplomaten, 12. Dezember 2008.
- ⁴⁷ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ⁴⁸ „Iraq violence at 5-1/2 year low, Petraeus says“, Reuters, 9. Dezember 2008.
- ⁴⁹ „Iraq parliament enacts partial provincial election law“, World Socialist Web Site (wsws.org), <http://www.wsws.org/articles/2008/oct2008/iraq-o03.shtml> (download 11. Dezember 2008).
- ⁵⁰ Visser, Raidar: „Iraqi Minorities get Special Representation in the Provincial Elections Law“, 3. November 2008, <http://www.historiae.org/minorities.asp> (download 12. Dezember 2008).
- ⁵¹ „Voters want people, not parties in Iraq’s Basra“, Reuters, 9. Dezember 2008.

-
- ⁵² Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ⁵³ Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2005 erhielt Malikis Fraktion der Dawa (damals unter Regierungschef Ibrahim al-Jafari stehend) 13 Parlamentssitze, eine andere Dawa-Fraktion (Dawa Tanzim Iraq) 12.
- ⁵⁴ „Iraq’s president steps up row over PM’s councils“, AP, 3. Dezember 2008.
- ⁵⁵ „Suicide bomb kills at least 46 in Iraqi restaurant, Reuters“, 11. Dezember 2008.
- ⁵⁶ „Standoff over Iraqi town stokes tension with Kurds“, Reuters, 31. August 2008.
- ⁵⁷ Ein Ausscheiden Talabanis hätte auch innerkurdische Folgen, manche Beobachter rechnen damit, dass es zu einer Wiedervereinigung von KDP und PUK führen könnte.
- ⁵⁸ „Oil for Soil: A Grand Bargain on Iraq and the Kurds“, International Crisis Group (ICG) Report, 28. Oktober 2008.
- ⁵⁹ Interview mit einem in Bagdad akkreditierten westlichen Diplomaten, 10. Dezember 2008.
- ⁶⁰ „Basra in Iraq to decide on holding autonomy vote“, AP, 10. Dezember 2008.
- ⁶¹ Westlicher in Riad akkreditierter Diplomat, Oktober 2008.
- ⁶² Siehe dazu die Auseinandersetzungen über die antischiitischen Aussagen des populären Fernsehpredigers von El Jazeera, Scheich Qaradawi, z.B. „Top Muslim cleric groups back Qaradawi over Shi’ites“, Reuters, 18. Oktober 2008.
- ⁶³ „Iraq proposes ambitious EU-style regional grouping“, Reuters, 9. Dezember 2008.
- ⁶⁴ Interview mit Walter Posch, Institute for Security Studies-EU, Der Standard, 27. November 2008.
- ⁶⁵ Felter, Joseph, and Fisherman, Brian: „Iranian Strategy in Iraq: Politics and Other Means“, Occasional Paper Series, Combating Terrorism Center at West Point, 13. Oktober 2008.
- ⁶⁶ „Hard Lessons: The Iraq Experience“. Mitte Dezember existierte noch keine Endversion im Netz, <http://projects.nytimes.com/reconstruction> (download 14. Dezember 2008).
- ⁶⁷ „Report Spotlights Iraq Rebuilding Blunders“, The New York Times, 14. Dezember 2008.
- ⁶⁸ Ali, Tariq: „Avoiding Obama’s War“, Agence Global, 17. November 2008

Personen, Abkürzungen und Bezeichnungen gemäß ihrer Reihenfolge im Text	Seite
George W. BUSH, US-Präsident bis 20.01.2009	3
Barack OBAMA, US-Präsident ab 20.01.2009	3
Nuri Kamel AL-MALIKI (<i>Dawa-Partei</i>), irakischer Ministerpräsident	4
Condoleezza RICE, US-Außenministerin	5
Patrick COCKBURN, Journalist der britischen Tageszeitung „ <i>The Independent</i> “	5
Ayatollah Ali SISTANI, höchste schiitische Autorität im Irak, Sitz in Najaf	5
Robert GATES, US-Verteidigungsminister	5
Ryan CROCKER, US-Botschafter in Bagdad	6
Hoshyar ZEBARI, irakischer Außenminister	6
Muqtada AL-SADR (<i>Sadrīsten</i>) radikaler Schiitenführer (mit Partei und Milizen)	6
Ex-Premier Ayad ALLAWI, <i>Fadhila-Partei</i> ,	6
Paul BREMER, ehemaliger Diplomat, erster US-Zivilverwalter im Irak	7
Saddam HUSSEIN, von den USA gestürzter Präsident des Irak	8
General David PETRAEUS, Chef der US-Streitkräfte im Irak	8
Präsident Jalal TALABANI	9
Vizepräsident Tariq AL-HASHIMI (Irakische Islamische Partei IIP)	9
Wael ABDUL-LATIF, Abgeordneter aus Basra und früherer Gouverneur	10
Ali AL-DABBAGH, Regierungssprecher des Irak	11
Stuart W. BOWEN, Chef des <i>Office of the Special Inspector General for Iraq Reconstruction</i>	12
<hr/>	
SOFA <i>Status of Forces Agreement</i> , Abkommen zur Truppenstationierung (USA – Irak)	3
Chapter VII bezeichnet UNO-Resolutionen, die laut Artikel 42 notfalls unter Einsatz von Gewalt umzusetzen sind	3
IAEO Internationale Atomenergieorganisation	3
<i>Taliban</i> , radikalislamische Widerstandskämpfer in Afghanistan; gestürzte ehem. Regierung	3
Republikanischer Palast (einst Hauptsitz Saddam HUSSEINS) in der stark gesicherten „Internationalen Zone (Grüne Zone)“, in der sich auch die NEC (New Embassy Compound – die neue US-Botschaft) befindet	4
MNF-I Multinational Forces im Irak; „Koalition der Willigen“, die nach dem Irak-Krieg die Besatzung des Irak stell(t)en	4
CoR Federation Council and the Council of Representatives, irakisches Parlament	5
SFA „ <i>Strategic Framework Agreement of Friendship and Cooperation</i> “, Friedens- und Kooperationsabkommen	6
ISCI <i>Islamic Supreme Council in Iraq</i> , eine politische islamische Partei	6
<i>Tawafuq</i> , arabisch-sunnitischen Parteienblock	6
JMOCC <i>Joint Military Operations Coordination Committee</i> , gemeinsames US-irakisches Kommando	7
<i>United States contractors and United States contractor employees</i> , private US-Sicherheitsfirmen und deren Angestellte	7
ISF Irakische Sicherheitskräfte	7
DFI Development Fund for Iraq	8
Provinz Kirkuk/Tamim, von Kurden und Arabern beanspruchte ölreiches Gebiet	8
„ <i>Sons of Iraq</i> “- US-freundliche Miliz	9
<i>Peshmerga</i> , kurdische Widerstandskämpfer	10
KDP Kurdische Demokratische Partei	10
PUK Patriotische Union Kurdistans	10
Dawa, ISCI , schiitischen Parteien	10
IIP , sunnitische Partei	10
UNAMI U.N. Assistance Mission in Iraq	10
ICI <i>International Compact for Iraq</i>	11
IRFFI International Reconstruction Fund Facility for Iraq	11
TCA <i>Trade and Cooperation Agreement</i>	12
Badr -Milizen (des ISCI)	12
„ <i>surge</i> “, US-Truppenaufstockung von 2007	12
<i>Office of the Special Inspector General for Iraq Reconstruction</i> , Einrichtung des US-Congresses	12

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gelmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN?

EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen

Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: *Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus.* Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.

September 2006. Liberale Politik in Österreich.

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

Helmut Stubner: CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepfli: Neutralität in der Schweiz

Peter W. Schulze: Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt:

ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algieri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Eugene Kogan: Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt:

GEORGIENKONFLIKT

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand

Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel *Irak* und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginhör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.
Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014S

ISBN 978-3-902595-26-3

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

REIHE STUDIEN